

An den Grossen Rat

25.5450.02

FD/P255450

Basel, 5. November 2025

Regierungsratsbeschluss vom 4. November 2025

Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 15. Oktober 2025)

"Der Kasernen-Kopfbau und der Platz vor der Kaserne sind weitgehend verwaist und all die Ideen zur Belebung des Platzes und für eine offene und lebendige Kultur haben bis anhin nicht die gewünschte Wirkung erzeugen können. Eine soziale Kontrolle besteht kaum. Eine Ausnahme bilden die Boule-Spielenden vor der Kaserne.

Der Kanton hat neben einem Sicherheitsdienst für die Eingangskontrolle nun zusätzlich ein richterliches Verbot gegenüber Menschen, die sich in Eingängen, Nischen und Durchgängen beim Kopfbau der Kaserne aufhalten, ausgesprochen. Ebenso verboten ist es, dass generell auf dem Kasernenareal geschlafen wird und/oder Gegenstände ohne Genehmigung deponiert werden.

Am Bahnhofsplatz entschied sich der Kanton andere Wege zu gehen. So wurde der Ort baulich aufgewertet und mittels aufsuchender Sozialer Arbeit kombiniert mit einem psychiatrischen Angebot sollen die Menschen vor Ort - neu mit einem Kleinbus - besser erreicht werden, anstatt sie einfach zu verdrängen. Ebenso bestehen ähnliche Konzepte im Foyer Public, in Bibliotheken, in Kirchenräumen und in Quartiertreffpunkten.

Die Belastung des öffentlichen Raums rund um das Dreirosenareal, den Matthäusplatz und die Kaserne ist aufgrund des stark angestiegenen Drogenkonsums aktuell eine Tatsache und den kantonalen Behörden vertraut. Auch in den kommenden Winter-Monaten werden armutsbetroffene Menschen sich im öffentlichen Raum aufhalten und Schutz suchen. Sei es vor Regen und Kälte im Winter oder im Sommer zukünftig vor grosser Hitze.

Ein reines Perimeter-Verbot wird der sozialen Fragestellung nicht gerecht. Zudem müsste ein solches Verbot zwingend zeitlich befristet werden. Aus Fachperspektive der Sozialen Arbeit ist es unbestritten, dass allfällige repressive Massnahmen immer mit ergänzenden schadensmindernden und sozialen Massnahmen flankiert werden müssen, damit die gewünschte nachhaltige Wirkung erzielt werden kann. Ansonsten findet reine Verdrängung statt und die Probleme tauchen woanders wieder auf.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche getroffenen repressiven Massnahmen, wie bspw. die Eingangskontrolle, werden aufrechterhalten und in welchem Umfang?
- 2. Besteht für das richterliche Verbot eine zeitliche Beschränkung? Falls nicht, was ist die Begründung?
- 3. Sind neben den bereits umgesetzten repressiven Massnahmen auch schadensmindernde Aktivitäten geplant? Falls Ja welche? Falls Nein, weshalb verzichtet der Kanton beim Kasernen-Kopfbau darauf?
- 4. Ist der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt auch der Meinung, dass die aufsuchende Soziale Arbeit im und vor dem kHaus sowie soziokulturelle Ansätze verstärkt werden müssten und entsprechende finanzielle Ressourcen zu sprechen wären?

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

 Ist vorgesehen, dass neben der aufsuchenden Beratung für die betroffenen Menschen Kostengutsprachen für die Notschlafstelle und Gutscheine die Gassenküche vergeben werden?
Oliver Bolliger"

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

In den Durchgängen im Aussenbereich des Kaserne-Kopfbaus halten sich immer wieder Personen auf, die teils aggressiv auftreten und/oder vandalieren. Es wurden bereits zahlreiche repressive und schadensmindernde Massnahmen getroffen (siehe Antworten auf Fragen 1 und 3). Diese haben zwar zu einer Beruhigung der Situation beigetragen, sich aber noch nicht als vollumfänglich nachhaltig erwiesen. Dies führt zu Beeinträchtigungen für Personen, die im Kasernenhauptbau arbeiten, sowie für Passanten. Im Übrigen handelt es sich bei den Hauseingängen und Durchgängen um Fluchtwege, die zwingend freigehalten werden müssen. Deshalb wurde zusätzlich zu den bestehenden Massnahmen ein richterliches Verbot eingerichtet. In Anbetracht der nach wie vor unbefriedigenden Situation hat der Regierungsrat zudem eine Überprüfung der Situation in Auftrag gegeben und das zuständige Departement mit der Erarbeitung eines gesamtheitlichen Sicherheitskonzeptes beauftragt.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. Welche getroffenen repressiven Massnahmen, wie bspw. die Eingangskontrolle, werden aufrechterhalten und in welchem Umfang?

Es gibt keine Eingangskontrollen. In den Abendstunden am Wochenende patrouilliert ein Sicherheitsdienst im Aussenbereich des Kaserne-Kopfbaus. Die Installation des Sicherheitsdienstes bleibt bestehen.

2. Besteht für das richterliche Verbot eine zeitliche Beschränkung?

Nein, das richterliche Verbot ist nicht befristet. Die Einrichtung des richterlichen Verbotes wurde als eine zusätzliche Massnahme zu den anderen Massnahmen erachtet.

3. Sind neben den bereits umgesetzten repressiven Massnahmen auch schadensmindernde Aktivitäten geplant? Falls Ja welche? Falls Nein, weshalb verzichtet der Kanton beim Kasernen-Kopfbau darauf?

Zusätzlich zur Installation des Sicherheitsdienstes wurden Gespräche mit den Mitarbeitenden des kHauses durchgeführt, Sozialdienstarbeitende hinzugezogen und teilweise auch Unterstützung durch das Community Policing angefordert. Zur Beruhigung der Situation beigetragen haben schliesslich zahlreiche Massnahmen. So haben die Walther Bistrobar und die kHaus AG die Plaza im Frühjahr mit Sitzgelegenheiten, Tischen und anderem ausgestattet. Ziel war, mit diesen Massnahmen den Innenraum zu beleben und damit einen offenen Begegnungsort zu schaffen. Die Nutzerinnen und Nutzer des kHauses halten sich seither vermehrt auf der Plaza für Sitzungen, Treffen oder auch, um dort zu arbeiten, auf. Im Weiteren gibt es das Projekt Catacity. Junge Menschen haben in diesem Rahmen ihre Ideen für die Nutzung der Plaza eingereicht. Ein Siegerprojekt, das bis im März 2026 fünfzehn soziokulturelle Veranstaltungen vorsieht, läuft bereits. Ein anderes sieht neue Rückzugsorte für alle vor, die sich an die Hausregeln halten. Die kHaus AG hat die Anzahl der Innenveranstaltungen stark ausgeweitet. So führt beispielsweise im Oktober 2025 die Fondation Beyeler Workshops zur weltberühmten Künstlerin Yayoi Kusuma durch. Oder die

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Grosskellerei Siebe Dupf aus Liestal führt im November 2025 eine Weinmesse durch. Auch der Kasernenhof hat eine Aufwertung erfahren: Die Stadtgärtnerei hat Sofortmassnahmen umgesetzt. Dazu gehören Baumpflanzungen, Spielgeräte und Sitzmöglichkeiten. Diese Sofortmassnahmen machen das Kasernenareal attraktiver und sorgen dafür, dass sich mehr Nutzerinnen und Nutzer auf dem Areal aufhalten und sich von dort auf die Plaza verschieben.

In einem nächsten Schritt hat der Regierungsrat eine Überprüfung der Situation in Auftrag gegeben.

4. Ist der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt auch der Meinung, dass die aufsuchende Soziale Arbeit im und vor dem kHaus sowie soziokulturelle Ansätze verstärkt werden müssten und entsprechende finanzielle Ressourcen zu sprechen wären?

Die Mittler im öffentlichen Raum sowie das Team des Schwarzen Peters und weitere auf Freiwilligkeit ausgerichtete aufsuchende Dienste (wie z.B. Elim) sind bereits heute an Hotspots der Stadt aktiv, so auch bei der Kaserne. Sie beraten die Personen, machen sie auf Angebote der weiteren Beratung, Behandlung oder Schadensminderung aufmerksam und triagieren, wo möglich. Weitere Massnahmen und damit auch höhere finanzielle Mittel sind Stand jetzt nicht notwendig.

5. Ist vorgesehen, dass neben der aufsuchenden Beratung für die betroffenen Menschen Kostengutsprachen für die Notschlafstelle und Gutscheine die Gassenküche vergeben werden?

Im Rahmen der Nothilfe erhalten Personen bei der Sozialhilfe Kostengutsprachen für die Notschlafstellen und Geld für die Gassenküche oder andere niederschwellige Essensangebote. Zudem verteilen bereits heute diverse Institutionen und die aufsuchenden Sozialarbeiterinnen und -arbeiter Gutscheine für die Gassenküche und Kostengutsprachen für die Notschlafstellen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer Regierungspräsident Barbara Schüpbach-Guggenbühl Staatsschreiberin

R- WOURD AND.